



Austrian Baseball Federation

STRAF- und DISZIPLINARORDNUNG

VERSION 8.1, 30.11.2008

Jedleseer Straße 3, Top 4, 1210 Wien
Tel. (++431) 7122174 - Fax (++431) 7744115

TEIL A - ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Art. 1 - Geltungsbereich und Zweck

Die Straf- und Disziplinarordnung (in der Folge SDO) gilt für alle ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder, Mitarbeiter und Angestellte der Austrian Baseball Federation (ABF) sowie all Ihrer Landesverbände und Vereine. Sie hat Wirksamkeit für alle Aktivitäten im Rahmen des Baseball-Softball-Sportes im In- und Ausland.

Zweck dieser SDO ist die Regelung von Zuständigkeiten, Entscheidungen und Verfahren im Zuge der Verfolgung von Verstößen sowohl gegen die festgeschriebenen Richtlinien und Ordnungen der ABF und deren Gremien als auch gegen die allgemeinen (nicht explizit beschriebenen) Verhaltensregeln eines Sportverbandes, insbesondere Schädigung des Ansehens des Verbandes und des Sportes.

Die hier festgelegte SDO ist unabhängig von gesetzlichen Ordnungen, insbesondere unabhängig vom StGB durchzuführen.

Art. 2 - Begriffe

§ 1 Verstöße sind jene Tatbestände, die die Basis zur Anwendung der vorliegenden SDO liefern (siehe Strafkatalog Teil B).

§ 2 Parteien sind jene Personen, die ein rechtliches Interesse am Verlauf des Verfahrens haben, alle anderen Personen sind reine Beteiligte (Zeugen, Sachverständige, etc.). Zuhörer sind nicht einmal als Beteiligte zu betrachten.

§ 3 Der Protest für Verstöße im Rahmen des Spielbetriebs: der Verstoß muss bereits durch den zuständigen Spielfunktionär (Schiedsrichter) geahndet worden sein. Der Protest kann maximal bis zum Ende des betreffenden Spiels erfolgen und ist im Scoring festzuhalten. Berechtigt zum Protest sind ausschließlich die betroffenen Parteien oder anwesende übergeordnete Instanzen, die ein eindeutiges Fehlverhalten einwandfrei festgestellt haben. Diese übergeordneten Instanzen können auf Antrag der protestierenden Parteien im weiteren Verfahrensverlauf auch zur Aussage verpflichtet werden.

§ 4 Der Protest für Verstöße außerhalb des Spielbetriebs: wenn sich ein Verstoß nicht während eines Spiels ereignet, gelten hierfür eigene Frist- und Formvorschriften (siehe Art. 5 und 7). Ansonsten ist Art. 2 § 3 analog anzuwenden.

§ 5 Der Einspruch ist das ordentliche Rechtsmittel gegen Entscheidungen erster Instanz. Dem Einspruch kommt aufhebende Wirkung zu. Der Einspruch steht allen beteiligten Parteien des Verfahrens zu. Der Einspruch ist nur bei der nächsthöheren Instanz einzubringen. Diese Instanz ist in der Rechtsmittelbelehrung zu bezeichnen. Eine Begriffsverwechslung mit der Begründung führt keinesfalls zur Nichtigkeit oder Unzulässigkeit des Einspruch, wenn sämtlichen anderen Voraussetzungen gegeben sind.

§ 6 Die Berufung ist das ordentliche Rechtsmittel gegen Entscheidungen zweiter Instanz. Die Erläuterungen zum Begriff des Einspruches sind analog bei der Berufung anzuwenden. Auch in diesem Fall führt eine Begriffsverwechslung mit der Begründung keinesfalls zur Nichtigkeit oder Unzulässigkeit der Berufung.

Art. 3 - Gremien

§ 1 Bundessenat: ist für Genehmigung und Änderungen der SDO verantwortlich. Er hat kein Exekutionsrecht, ausgenommen die Einrichtung von vorgesehenen Gremien.

§ 2 Verbandspräsident: hat das Recht der Begnadigung gemäß Art. 11. Eine Stellvertretung durch einen Vizepräsidenten erfolgt ab einer Verhinderung von zwei Monaten oder mittels einer schriftlichen Ermächtigung seitens des Verbandspräsidenten. Der Verbandspräsident darf niemals Mitglied eines Senates nach der SDO sein.

§ 3 Verbandsvorstand: trifft als außerordentliche Instanz die letzte Entscheidung in Angelegenheiten, die das Ansehen der ABF und des Baseball-Sports im allgemeinen

betreffen. Weiters nimmt er die Zuweisung von Materien, die nicht eindeutig zuordenbar sind, vor. In Fällen von bedeutsamen und/oder zukunftsweisenden Fragen für die ABF darf er eine Revision des Urteils der letzten Instanz vornehmen.

- § 4 Ligaverantwortlicher:** stellt die 1. Instanz dar. Ihn trifft eine Berichtspflicht an den Bundesrechtsbeirat bezüglich der gefällten Entscheidungen. Der Ligaverantwortliche wird sowohl auf Antrag (Einlangen des Protestes) als auch von sich aus tätig.
- § 5 Ligastrafsenat:** stellt die 2. Instanz dar. Der Senat besteht aus drei Mitgliedern, wobei der Referent der 1. Instanz nicht zugelassen ist. Die Bestellung erfolgt durch Einsetzung von Seiten der Ligasitzung. Eine Amtsperiode beträgt ein Jahr und beginnt mit dem Zeitpunkt der Frühjahrssitzung der Liga. Eine mehrmalige Wiederwahl ist möglich.
- § 6 Ligastrafreferent:** ist der Vorsitzende des Ligastrafsenates. Er verwaltet die Strafsachen der jeweiligen Liga. Der Ligastrafreferent behandelt Einsprüche gegen Entscheidungen des Ligaverantwortlichen und beruft den Ligastrafsenat ein. Eine Liga darf einstimmig beschließen, dass der Ligastrafreferent ohne Einberufung eines Strafsenates als 2. Instanz im Spielbetrieb entscheidet. Dieser Beschluss ist jeweils für ein Jahr in der Liga-Frühjahrssitzung zu fällen.
- § 7 Senat des Bundesrechtsbeirates:** stellt die 3. Instanz dar. Mitglieder sind der Bundesrechtsbeirat (führt den Vorsitz) und zwei weitere Mitglieder, von denen einer das Protokoll zu führen hat. Diese beiden weiteren Mitglieder sind vom Bundessenat in dessen Frühjahrssitzung für ein Jahr festzulegen; Wiederwahl ist möglich.
- § 8 Bundesrechtsbeirat:** ist Vorsitzender der 3. Instanz. Er ist für Erstellung und Änderung der SDO zuständig. Er hat stets seine Entscheidungen in objektiver und sachlicher Form sowie im Einklang mit der SDO zu treffen. Weiters hat der Rechtsbeirat alle Entscheidungen und Unterlagen bezüglich Rechtsangelegenheiten der vorgelagerten Instanzen zu sammeln und zur Einsicht bereitzuhalten. Weiters obliegt ihm die Verwaltung und Aktualisierung des Strafkatalogs der SDO. Zugriff darauf ist nur den vorgelagerten Instanzen und dem Bundesvorstand gestattet.
- § 9 Instanzenzug:** Der Instanzenzug „Ligaverantwortlicher – Ligastrafsenat – Senat des Bundesrechtsbeirates“ gilt identisch bei Verstößen im und außerhalb des Spielbetriebes.
- § 10 Sonderinstanz für Teil B Art. 2 § 5 "Sehr schwere Vergehen":** In Fällen des Teil B Art. 2 § 5 SDO ist der Senat des Bundesrechtsbeirates die erste und einzige Instanz. Einsprüche gegen seine Entscheidungen sind als außerordentliches Rechtsmittel direkt an den Vorstand zu richten.

Art. 4 - Befangenheit

- § 1** Jeder zuständige Entscheidungsträger kann bei entsprechenden vorliegenden Gründen sich selbst für befangen erklären. Dieser Erklärung ist unbedingt Folge zu leisten, die Ersatzregeln gem. § 4 treten unmittelbar in Kraft.
- § 2** Jeder zuständige Entscheidungsträger kann auf Antrag einer Partei für befangen erklärt werden. Über diesen Antrag entscheidet der Bundesrechtsbeirat. Soll dieser selbst für befangen erklärt werden, entscheidet hierüber der Vorstand. Dieser Antrag ist schriftlich binnen 3 Werktagen ab Kenntnis des Verfahrens beim Bundesrechtsbeirates bzw. wenn die Ablehnung des Bundesrechtsbeirates selbst oder seiner Senatsmitglieder beantragt wird, beim Vorstand einzubringen. Dieser Antrag ist dem betroffenen Entscheidungsträger sofort zuzustellen, dieser hat binnen 3 Werktagen ab Zustellung eine schriftliche Erklärung abzugeben. Der Antrag hemmt den Fristenlauf im betroffenen Verfahren.
- § 3** Befangenheitsgründe liegen generell dann vor, wenn anzunehmen ist, dass der Betreffende seiner Entscheidung andere als nur sachliche zu Grunde legen wird. Befangenheitsgründe (bspw): Verwandtschaftsverhältnis zu einer Partei; Mitglied eines betroffenen Vereines; persönliche Betroffenheit vom gegenständlichen Vorfall; persönlicher Vorteil vom Ausgang des Verfahrens; ...

Im Fall einer Ablehnung aufgrund Befangenheit kommt es zu folgenden Ersatzregeln:

- Ligaverantwortlicher:
 - Oberste Spielklasse - der jeweilige Spielbetriebsverantwortliche
 - 2. Spielklasse - der jeweilige Spielbetriebsverantwortliche
 - 3. und 4. Spielklasse - ein anderer Ligaverantwortlicher der gleichen Spielklasse nach Entscheidung des Bundesrechtsbeirates
- Ligastrafsenat: analog zur Regelung bezüglich der Ligaverantwortlichen
- Senat des Bundesrechtsbeirates: der Vorstand

§ 4 Über die Ablehnung wegen Befangenheit wird ohne mündliche Verhandlung entschieden.

§ 5 Die Vertretungsregeln nach § 4 dieses Artikels gelten auch für Urlaubsvertretungen. Der Entscheidungsträger und sein Vertreter haben sich diesbezüglich abzustimmen.

Art. 5 - Fristen

§ 1 **Frist für Proteste:** Proteste für Verstöße im Spielbetrieb müssen unmittelbar nach Auftreten des Protestgrundes, maximal bis Ende des Spieles erhoben werden. Die schriftliche Begründung ist am darauf folgenden Werktag einzubringen. Der Protest für Verstöße außerhalb des Spielbetriebes ist binnen drei Werktagen einzubringen.

§ 2 **Entscheidungsfristen:** Entscheidungen in erster Instanz sowie Entscheidungen über Anträge auf Ablehnung wegen Befangenheit müssen binnen 3 Wochen nach Verstoß erfolgen. Entscheidungen 2. und 3. Instanz müssen binnen 10 Werktagen ab Einspruch bzw. Berufung gefällt werden.

§ 3 **Einspruchs- und Berufungsfristen:** Einsprüche und Berufungen sind binnen 3 Werktagen nach Zustellung der Entscheidung einzubringen. Ausnahme sind Entscheidungen, die in den letzten drei Runden einer Meisterschaft gefällt wurden. Hier sind Einspruch und Berufung nur innerhalb von 48 Stunden nach mündlicher Verkündung oder erfolgter Zustellung zulässig.

§ 4 **Begnadigungsfrist:** Über einen Antrag auf Begnadigung ist binnen 1 Woche zu entscheiden.

§ 5 **Vollstreckungsverjährung:** Die Vollstreckungsverjährung tritt nach 1 Jahr ein. Danach ist ein rechtskräftig erlassenes Urteil nicht mehr exekutierbar.

§ 6 **Tilgungsfristen:** Bedingte Strafen in beiden Verfahrensarten sind nach Ablauf von 3 Jahren zu tilgen. Unbedingte Strafen in beiden Verfahrensarten sind nach Ablauf von 5 Jahren zu tilgen.

§ 7 **Rechtskraft:** Die Rechtskraft tritt bei mündlichen Entscheidungen sofort, bei schriftlichen Entscheidungen mit der Zustellung ein.

Art. 6 - Zustellung

§ 1 Die Zustellung kann auf dem Postweg, per Fax oder mittels Email erfolgen. Letzteres gilt generell nur, wenn die beteiligte Person sich dem Referenten/Senat gegenüber nicht nachweislich dagegen verwehrt hat.

§ 2 Jedes Mitglied der ABF hat bei Aufnahme eine Adresse bekannt zu geben und ist für die Bekanntgabe von Änderungen verantwortlich. Außerdem hat jedes ABF-Mitglied eine ABF-Emailadresse zu führen.

§ 3 Im Falle der Einbringung oder Zustellung mittels Email ist das Mai mit Lesebestätigung zu verschicken, andernfalls das Email nicht gültig versandt wurde. Diese Anordnung gilt überall dort wo Email zugelassen ist.

§ 4 Maßgeblich für die Zustellung ist die reine Möglichkeit der Verfügung durch den Empfänger (nicht die tatsächliche Verfügung).

§ 5 Entscheidungen 1. Instanz werden durch Veröffentlichung in der nächsten Ligaaussendung zugestellt. Prozessanordnungen (Verständigung vom Verfahren,

Festsetzen eines Verhandlungstermins, etc.) und Entscheidungen 2. und 3. Instanz sind innerhalb 3 Werktagen den beteiligten Personen mittels eingeschriebener Postsendung oder Email zuzustellen.

- § 6 Bei Verfahren gegen Personen ist das Urteil an den Verein als deren Vertreter zuzustellen.
- § 7 Für einzubringende Proteste und Rechtsmittel gilt der Zeitpunkt des Absendens für die Einhaltung der Fristen.

Art. 7 - Formvorschriften

- § 1 **Protest:** Der Protest hat die genaue Beschreibung des Verstoßes unter Angabe von Datum, Ort und beteiligten Personen zu enthalten. Er ist zu begründen. Im Protest sind die Beweismittel anzuführen. Der Protest gegen Verstöße im Spielbetrieb ist mündlich beim Scorer einzubringen und von diesem im Scoring festzuhalten. Der Protest gegen Verstöße außerhalb des Spielbetriebes ist schriftlich (oder per Email) bei der zuständigen ersten Instanz einzubringen.
- § 2 **Einspruch / Berufung:** Das Rechtsmittel ist schriftlich oder per Email einzubringen und hat zu enthalten: Name und eventuell Funktion der Rechtsmittel erhebenden Partei, das Datum und die Beschreibung des Verstoßes, den genauen Sachverhalt sowie das Urteil, gegen das sich das Rechtsmittel richtet. Das Rechtsmittel ist zu begründen. Weiters bedarf das Rechtsmittel der eigenhändigen Unterfertigung sowie des Datums und Ortes der Anzeige. Die eigenhändige Unterschrift darf entfallen, wenn das Urteil auf dem Wege des elektronischen Datentransfers zugestellt wird.
- § 3 **Urteil:** Es muss als Urteil gekennzeichnet werden und hat die Rechtssache, den entscheidenden Referent/ Senat, die Parteien und das Datum der Urteilsverkündung anzuführen. Es hat zu enthalten: einen Spruch, eine ausführende Begründung und eine Rechtsmittelbelehrung. Es bedarf der eigenhändigen Unterschrift und des Datums und des Ortes der schriftlichen Ausfertigung am Ende derselben. Die eigenhändige Unterschrift darf entfallen, wenn das Urteil auf dem Wege des elektronischen Datentransfers zugestellt wird.
- § 4 **Rechtsmittelbelehrung:** Sie hat in den ersten zwei Instanzen zu enthalten, welches Rechtsmittel in Frage kommt, wie lange die Frist zur Erhebung des Rechtsmittel läuft, und wo dieses zu erheben ist. Bei den Urteilen der jeweils letzten Instanzen hat folgender Vermerk zu erfolgen: "Gegen dieses Urteil ist kein ordentliches Rechtsmittel zulässig."
- § 5 **Formfehler:**
 - (a): Ein Verstoß gegen Art. 7 § 1 und § 2 führt zu einem Verbesserungsauftrag und nach dessen Erfolglosigkeit zur Zurückweisung der Anzeige.
 - (b): Ein Verstoß gegen Art. 7 § 3 führt zur Anfechtbarkeit, Aufhebung des Urteils und zur Rücküberweisung an die letzte Instanz.

Art. 8 - Ladung

- § 1 Die Ladung zur mündlichen Verhandlung hat schriftlich oder per Email spätestens 8 Tage vor der Verhandlung zu erfolgen.

Art. 9 - Verfahrensablauf

- § 1 Das Verfahren 1. Instanz wird schriftlich geführt. Das Verfahren 2. bzw. 3 Instanz wird schriftlich geführt, es sei denn, eine Partei verlangt die Durchführung des Verfahrens durch Abhaltung einer mündlichen Verhandlung. In diesem Fall ist ein mündlicher Verhandlungstermin anzuberaumen.
- § 2 Den Parteien ist bei sonstiger Nichtigkeit des gesamten Verfahrens Gelegenheit zu geben, sich zum Verfahrensgegenstand schriftlich oder mündlich zu äußern. Bei einer Sache, die eine Person betrifft, kann ein Vertreter herangezogen werden, der durch eine einfache

Vollmacht ausgewiesen sein muss.

- § 3 (a) Wird es unterlassen, eine schriftliche Stellungnahme abzugeben oder bleibt die Partei trotz gehöriger Ladung der mündlichen Verhandlung unentschuldig fern, so kann in der Abwesenheit allein auf Grund der vorhandenen Beweismittel entschieden werden.
(b) Bei zweimaligem, wenngleich entschuldigtem Fernbleiben des Beschuldigten ist in seiner Abwesenheit zu entscheiden.
- § 4 Verzichtet die Partei auf die Anhörung in der mündlichen Verhandlung und begnügt sich mit der schriftlichen Rechtfertigung, so wird das Verfahren ohne das Beisein durchgeführt und die Verlesung der schriftlichen Rechtfertigung hat zu erfolgen.
- § 5 Wenn eine mündliche Verhandlung statt findet, ist an deren Ende das Urteil mündlich zu verkünden und binnen 3 Werktagen schriftlich auszufertigen.
- § 6 Senate setzen sich aus 3 Personen zusammen: einem Vorsitzenden, dem die Verhandlungsleitung obliegt, und zwei Beisitzern, von denen einer das Protokoll zu führen hat.
- § 7 Jede Partei hat das Recht auf eine Ausfertigung der maßgeblichen Verfahrensdokumente.

Art. 10 - Begnadigung

- § 1 Ein Begnadigungsgesuch kann frühestens nach Verbüßung eines Drittels der auferlegten Strafe gestellt werden.
- § 2 Bei lebenslangen Strafen kann das Gesuch frühestens nach Ablauf von 2 Jahren gestellt werden.
- § 3 Das Ansuchen ist an den Verbandspräsidenten zu richten, der nach Rücksprache mit der letztentscheidenden Instanz eine Zeitstrafe maximal auf die Hälfte verkürzen kann, oder bei lebenslangen Sperren eine befristete Zeitstrafe aussprechen kann.
- § 4 Das Begnadigungsgesuch kann beliebig oft gestellt werden.

Art. 11 - Gebühren

- § 1 Gebühren sind vor Verfahrensbeginn zu entrichten; bei einem schriftlichen Protest oder Rechtsmittel ist die Kopie des Einzahlungsbeleges beizulegen.
- § 2 Für Verfahren der 1. Instanz ist von der protestierenden Partei eine Gebühr von 20 EUR zu entrichten.
- § 3 Bei Einsprüchen ist eine Gebühr von 50 EUR zu entrichten, bei Bundesligen beträgt diese 100 EUR.
- § 4 Bei Berufungen ist eine Gebühr von 100 EUR zu entrichten, bei Bundesligen beträgt diese 200 EUR.
- § 5 Zur Rückerstattung der Gebühren ist die unterlegene Partei, bzw. wenn eine solche nicht existiert, der Verband automatisch mit dem rechtskräftigen Urteil zu verpflichten.
- § 6 Die Gebühren werden zur Deckung der Verfahrenskosten verwendet. Die Verfahrenskosten beinhalten insbesondere aber nicht ausschließlich einen Aufwandsersatz für Referenten und Mitglieder der Senate sowie einen Ersatz ihrer Fahrt- und Unterkunfts aufwendungen.

Art. 12 - Strafgeelder

- § 1 Die Strafgeelder werden entsprechend den Verbandsbeschlüssen zweckgebunden verwendet.
- § 2 Strafen, die im Rahmen des Spielbetriebs der Bundesligen Baseball und Softball ausgesprochen werden, sind an den ABF abzuführen. Strafen, die im Rahmen des Spielbetriebs der Regional- und Landesligen und anderer durch die Landesverbände organisierter Bewerbe ausgesprochen werden, sind anteilmäßig (bezogen auf die teilnehmenden Mannschaften) an die jeweiligen Landesverbände abzuführen.

TEIL B - STRAFBESTIMMUNGEN IM RAHMEN DES SPIELBETRIEBES

Art. 1 - Allgemeines

§ 1 Bestimmungen, die in Baseball und Softball nicht miteinander übereinstimmen, sind gesondert anzugeben.

Art. 2 - Vergehen und Strafkatalog

§ 1 **Allgemeines:** Die Vergehen werden gemäß der Schwere in leichte – mittelschwere – schwere – sehr schwere Vergehen eingeteilt. Bei Wiederholung des gleichen Vergehens gilt automatisch die nächste Stufe, bei zweiter Wiederholung die übernächste Stufe. Für die oberste Spielklasse und außerhalb des Spielbetriebes gelten die Höchstwerte, alle anderen Ligen verwenden den kleineren angegebenen Betrag. Ein Doubleheader ist wie ein Vergehen zu behandeln. Mit Geldstrafen können Vereine und Personen belegt werden. Sperren gelten nur für Personen.

Es kann pro Vergehen nur eine der angeführten Strafen verhängt werden. Ausgenommen hiervon sind die unter §4a, b, d und e angeführten Vergehen (Hier kann eine Strafverifizierung und/oder eine Geldstrafe ausgesprochen werden.).

§ 2 **Leichte Vergehen:** Vergehen, die keine direkte Auswirkung auf die Austragung eines Spieles haben.

- a) Unterlassung der Pflichten vor Spielbeginn
- b) Missachtung der Kleidungsvorschriften (z.B.: keine einheitliche Mannschaftskleidung, keine offizielle Kleidung der Spielfunktionäre, ...)
- c) Verletzung der Termineinhaltung bei Spielzeitverschiebung oder Platzänderung
- d) Nichtbekanntgabe des Spielergebnisses
- e) Leichte Mängel an Einrichtungen des Platzes
- f) Einsatz eines registrierten aber nicht gemeldeten Spielers
- g) Nichteinhaltung der Mindestanzahl an einsatzbereiten Spielern, wenn der Spielverlauf dadurch nicht beeinträchtigt wird; ansonsten ist § 4 d) anzuwenden.
- h) Nicht ordnungsgemäße Meldung von Spielfunktionären
- i) Ein oder mehrere Spielfunktionäre nicht zeitgerecht am Spielfeld (bis maximal 15 Minuten vor Spiel)
- j) Verspätetes Einsenden von Scorings oder Spielberichten (bis 1 Woche)

Strafausmaß: 50 bzw. 100 EUR Strafe

§ 3 **Mittelschwere Vergehen:** Vergehen, die nachhaltige Auswirkungen auf die Organisation des Spielbetriebes haben sowie unsportliches Verhalten.

- a) Ein oder mehrere Spielfunktionäre nicht zeitgerecht am Spielfeld (bis zum angesetzten Spielbeginn)
- b) Sehr verspätetes Einsenden von Scorings oder Spielberichten (bis 1 Monat)
- c) Schwere Mängel an Einrichtung des Platzes
- d) Nichtbefolgung von Anweisungen der Spielfunktionären
- e) Unsportliches Verhalten gegenüber Spielern, Funktionären und Publikum (z.B.: ungehörige Kritik an Spielfunktionären mit Worten und Gebärden, Animieren des Publikums zu Protesten, Beschimpfung und Verspottung des Gegners durch Zeichen, Gebärden und Worte, ...)
- f) falsche Beschuldigungen
- g) Nichtbeachtung von Verbandsanweisungen

Strafausmaß: 100 bzw. 200 EUR Strafe. Funktionsenthebung bei Funktionären. Bei e) - g) Spielsperre bis zu 3 Pflichtspielen.

§ 4 **Schwere Vergehen:** Vergehen, die zur Nichtaustragung oder zum Spielabbruch führen, Vergehen die schwere Auswirkungen auf die Organisation des Spielbetriebes haben, sowie Vergehen gegen Personen.

- a) Unrechtmäßige Spielverschiebung oder Spielabsage
- b) Nichtantreten zu einem angesetzten Spiel, außer in Fällen höherer Gewalt
- c) Spielfunktionäre nicht anwesend (bei Startverschiebung) (Pro nicht anwesendem Spielfunktionär ist das jeweilige Strafausmaß zu verhängen.)
- d) Verschuldeter Spielabbruch (durch Spieler oder Funktionäre einer Mannschaft)
- e) Einsatz von Spielern ohne Spielberechtigung
- f) Kein Scoring oder Spielbericht (ab 1 Monat nach Spieldaustragung)
- g) Beleidigung von Spielern, Funktionären und Publikum (z.B.: Beleidigung von Spielfunktionären in oder wegen Ausübung des Amtes durch Beschimpfung, Verspottung oder Gebärden, ...)
- h) Rauchen und Alkoholkonsum in Dress bzw. wenn der Spieler auf der Lineup steht.
- i) Anmaßung einer Funktion
- j) Missbrauch einer Funktion
- k) Irreführung eines oder Mutwillen gegen ein Bundesgremium oder Vorstandsmitglied

Strafausmaß: 300 EUR Strafe. Strafverifizierung (siehe § 7). Kostenersatz (siehe § 8). Funktionsenthebung bei Funktionären. Bei g) - k) Spielsperre bis zu 10 Pflichtspielen.

§ 5 Sehr schwere Vergehen: grobes Zuwiderhandeln gegen sportliche und organisatorische Regeln des Verbandes, sowie Tätlichkeit(en) gegen Personen. Siehe Sonderinstanzenzug gem Art. 3 § 10 SDO.

- a) Bestechung und Kaperung
- b) Schädigung des Ansehens des Sportes
- c) Verbandsschädigendes Verhalten
- d) Bedrohung (z.B.: Bedrohung von Spielern oder des Publikums, rohes Spiel, das eine Gefährdung der körperlichen Sicherheit eines Spielers durch Übertretung der Regeln bedeutet, ...)
- e) Tätlichkeit gegen Spieler, Funktionäre oder Publikum (z.B.: Insultierung eines Spielers, eines gegnerischen Funktionärs, eines Spielfunktionärs, eines Verbandsfunktionärs oder des Publikums durch absichtlichen tätlichen Angriff, Tätlichkeiten gegen Spielfunktionäre in oder wegen Ausübung ihres Amtes, ...)
- f) Nichtbezahlung von rechtskräftig verhängten Strafen trotz erfolgter dritter Mahnung

Strafausmaß: 500 EUR Strafe. Funktionsenthebung bei Funktionären. Spielsperren bis lebenslänglich. Ausschluss einer Mannschaft aus Bewerb.

§ 6 Ausschlüsse von Spielern oder Betreuern (Vereinsfunktionäre, Manager, Coaches, ..):

- a) Ein Ausschluss hat eine Spielsperre von mindestens einem Pflichtspiel zur Folge.
- b) Falls ein Spieler gleichzeitig auch Betreuer ist, so darf er für die Dauer der Sperre weder als Spieler noch als Betreuer tätig sein.
- c) Spielsperren beziehen sich immer auf die Mannschaft, für die der Spieler bzw. Betreuer zum Zeitpunkt des Vergehens tätig war.
- d) Wechselt ein gesperrter Spieler den Verein, gilt die Sperre für die höchste Spielklasse, für die der Spieler gemeldet wird.

§ 7 Strafverifizierung, Ausschluss aus Bewerb

- a) Eine Strafverifizierung hat zur Folge, dass das Spiel mit 0:N gewertet wird, wobei N der Anzahl der angesetzten Innings entspricht (also 0:9 bei regulären Baseballspielen, 0:7 bei Softballspielen).
- b) Wird eine Mannschaft aus dem Bewerb ausgeschlossen, so treten die entsprechenden Regelungen der SBO in Kraft.

§ 8 Bezahlung der Strafen, Kostenersatz

- a) Alle Geldstrafen müssen innerhalb von 5 Werktagen nach Rechtskraft bezahlt werden.
- b) Mahnspesen:
 - Erste Mahnung: 4 EUR
 - Zweite Mahnung: 15 EUR. Die zweite Mahnung erfolgt bei Nichteinhaltung der Zahlungsfrist der ersten Mahnung und wird eingeschrieben verschickt.

- Dritte Mahnung: 40 EUR. Die dritte Mahnung erfolgt bei Nichteinhaltung der Zahlungsfrist der zweiten Mahnung und wird eingeschrieben verschickt.
- c) Von unrechtmäßig erfolgten Spielabsagen und Verschiebungen betroffene Mannschaften, Schiedsrichter und Scorer haben den Antrag auf Kostenersatz unter Angabe der Kontoverbindung spätestens am 5. Werktag nach dem angesetzten Spieltermin schriftlich an den Liga-Verantwortlichen zu richten.
- d) Fahrkostenersatz: ÖBB Bahn 2. Klasse gegen Vorlage der Fahrkarten, PKW 0,04 EUR Kilometergeld pro Person (gemäß ABF Merkblatt 'Ortsentfernungen') oder nachgewiesene tatsächlich angefallene Kosten. Ersatzkosten für Aufwendungen der Heimmannschaft bzw. Gastmannschaft gegen Vorlage entsprechender Rechnungen. Der Liga-Verantwortliche prüft den Antrag und schickt diesen an die betreffende Mannschaft. Diese hat den Kostenersatz innerhalb von 5 Werktagen an die zu entschädigende Mannschaft zu zahlen.

§ 9 Doping

- a) Für den ÖBSV gelten die internationalen Dopingbestimmungen sowie die nationalen Bestimmungen der Österreichischen Bundes-Sportorganisation.
- b) Dopingkontrollen können immer und überall durchgeführt werden (bei Meisterschaften und auch während des Trainings). Bei Spielen ist die Dopingkontrolle vor Beginn des letzten angesetzten Innings vorzunehmen. Wird das Spiel vorzeitig unterbrochen, so unmittelbar nach Spielende. Die getesteten Sportler werden unter Aufsicht der beiden Mannschaftsbetreuer und des Schiedsrichters ausgelost.
- c) Eine Verweigerung der Dopingkontrolle kommt einem positiven Testergebnis gleich. Nach einer positiven Probe (A-Probe) hat der Sportler das Recht auf einen zweiten Test (B-Probe). Ist diese auch positiv, so folgen folgende Mindeststrafen:
 - 1. Verstoß: Zweijährige Sperre, Strafverifizierung (bei Spielen)
 - 2. Verstoß: Lebenslange Sperre, Strafverifizierung (bei Spielen)